

Die Bonner Republik in den sechziger Jahren (1963-1969)

Die Regierung Erhard (1963 – 1966)

■ Persönlichkeit und Regierungsstil

- Übernahme der **Regierung** nach dem Rücktritt Adenauers (15. Oktober 1963) – Koalition von CDU/CSU und FDP (Vizekanzler Erich Mende, FDP)
- Erhard als **Persönlichkeit**
 - Beliebtheit beim Volk – Gewinn (gegen Willy Brandt) der Bundestagswahl 1965 – Erhard als Symbol für Wohlstand
 - kollegialer Regierungsstil
 - Führungsschwäche, fehlende Durchsetzungsfähigkeit
 - Wahl zum CDU-Vorsitzenden (1966)

} geringe Eignung für
das Kanzleramt,
glücklose Amtszeit

■ Innenpolitik

- Ausbau der Hochschullandschaft, Reform des Bildungswesens
- Auseinandersetzung mit der **NS-Vergangenheit**
 - Verlängerung der **Verjährungsfrist** für NS-Gewaltverbrechen (1965)
 - **Auschwitz-Prozess** in Frankfurt (1963–1965) nach fünfjähriger Ermittlungsarbeit durch Staatsanwalt Fritz Bauer: wichtige Erkenntnisse über das Vernichtungslager Auschwitz (Publikation: „Anatomie des SS-Staates“) bei großem Medieninteresse, Verhängung langer Zuchthausstrafen

■ Außen- und Deutschlandpolitik

- **Verhältnis zu den Verbündeten**
 - Erhard als „Atlantiker“ → Verstimmungen mit de Gaulle
 - erfolglose Reisen in die USA (Präsident Johnson): Konflikt um die Finanzierung der US-Truppen in der BR Deutschland
- **Ost- und Deutschlandpolitik**
 - **Passierscheinabkommen** mit der DDR (1963–1966): Möglichkeit für Besuche von Westberlinern in Ostberlin
 - Annäherung an die Ostblockstaaten unterhalb der diplomatischen Anerkennungsschwelle auf ökonomischem Wege: Errichtung von **Handelsmissionen** mit Polen, Rumänien, Ungarn
 - dadurch jedoch kein Fortschritt, da die Sowjetunion und die DDR (Nichtanerkennung) umgangen wurden
 - **Friedensnote** (1966): Angebot eines Gewaltverzichts → neue Dimension westdeutscher Entspannungsbereitschaft
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit **Israel** (1965)

} **Entfremdung**
gegenüber
Frankreich und
USA

} **Politik der
Bewegung**
(Außenminister
Schröder)

■ Sturz

- wirtschaftliche **Rezession** (1966) → Defizit im Bundeshaushalt → Streit mit der FDP wegen Steuererhöhungen → **Austritt der FDP** aus der Regierung
- viele innerparteiliche Gegner – unwürdige Demontage Erhards in der CDU/CSU
- **Rücktritt** Erhards → Bildung einer Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger (1. Dezember 1966)

Die Große Koalition (1966 – 1969)

■ Regierungsbildung

• Konstellation

- Entstehung einer neuen, ungewohnten Konstellation gegensätzlicher Parteien
- jedoch zumeist disziplinierte Zusammenarbeit
- Befürwortung besonders durch Herbert Wehner: Hinführung der SPD (als Junior-partner) zur Regierungsfähigkeit
- Bundeskanzler: Kurt Georg Kiesinger (CDU)
- Außenminister: Willy Brandt (SPD)
- Herbert Wehner (Gesamtdeutscher Minister) als „Regisseur“

• Parlament

- Zweidrittelmehrheit im Bundestag → Verfassungsänderungen möglich
- Disziplinierung der beiden Regierungsfaktionen im Bundestag durch Rainer Barzel (CDU) und Helmut Schmidt (SPD)

Kurt Georg Kiesinger (1904–1988)

- Jurist, Mitglied der NSDAP
- Bundestagsabgeordneter 1949–1958, 1969–1980
- Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1958–1966)
- CDU-Vorsitzender 1967–1971
- Bundeskanzler 1966–1969

■ Wirtschafts- und Finanzpolitik

• Haushalt

- Schließung der Haushaltslücke durch Einsparungen
- Konjunkturprogramm: **Investitionen** bei Bahn, Post, Verkehr, Bildung, Forschung

• Globalsteuerung durch das **Stabilitätsgesetz** (1967): Festlegung eines „magischen Vierecks“ als wirtschaftspolitisches Zielsystem („magisch“: gleichzeitiges Erreichen aller Ziele ist unmöglich → jedoch Versuch der Annäherung durch beschränkten Einsatz des Staates)

- hoher Beschäftigungsstand
- Preisniveaustabilität
- Wirtschaftswachstum
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht

➤ somit **antizyklische Haushaltspolitik nach Keynes**: Schaffung von Investitions- bzw. Konsumanreizen im Konjunkturabschwung oder Verstärkung von Belastungen im Konjunkturaufschwung, um Konjunkturschwankungen gegenzusteuern

[siehe auch Studienblätter Politik: Wirtschaft – Wirtschaftsordnungen sowie Konjunkturtheorien]

• Einführung einer **Mittelfristigen Finanzplanung** (MifriFi) zur Sicherung der Vereinbarkeit der gegensätzlichen Ziele von wirtschaftlichem Wachstum und ausgeglichenem Haushalt über mehrere Jahre hinweg

• Konzertierte Aktion

- Gesprächsrunde von Staat, Wissenschaft, Arbeitgebern, Gewerkschaften
- Ziel: Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz, und Sozialpolitik und das Handeln der Tarifparteien → informierende und harmonisierende Wirkung
- Existenz bis 1976

• Bei allen grundlegenden Neuerungen gute, von Sachverstand und gegenseitigem Respekt geprägte **Zusammenarbeit** von Wirtschaftsminister Karl **Schiller** (SPD) und Finanzminister Franz Josef **Strauß** (CSU) – Spitzname „Plisch und Plum“

☒ **Ergebnisse**: Überwindung der Rezession, Ankurbelung der Wirtschaft, Erringung eines Haushaltsüberschusses

Fortsetzung >>>>>

■ Notstandsgesetzgebung

• Erfordernis

- Gewährleistung der Sicherheit und des Funktionierens von Gesetzgebung und Verwaltung im Notstandsfall
- Notstände: Verteidigungsfall, Gefährdung der verfassungsmäßigen Ordnung, Katastrophenfall
- Ersatz auch für die bisherigen Notstandsvorbehalte der 3 Alliierten zum Schutz ihrer in Westdeutschland stationierten Streitkräfte (Regelung im Deutschlandvertrag 1955)
- Verabschiedung (1968) in Bundestag (verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition) und Bundesrat

• Inhalt

- **Ergänzung des Grundgesetzes** für den Notstandsfall: Einrichtung eines „Gemeinsamen Ausschusses“ als legislative Ersatzkörperschaft bei Handlungsunfähigkeit von Staatsorganen (Art. 53a GG), Einsatz von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz auch im Innern, Bestimmungen im Verteidigungsfall (Art. 115a-I GG)
- Möglichkeit der **Einschränkung von Grundrechten** im Notstandsfall: Art. 10 GG (Postgeheimnis), Art. 11 GG (Freizügigkeit), Art. 12 GG (Berufsfreiheit), Art. 19 GG (Rechtsweggarantie)
- jedoch auch **Sicherungen**: Widerstandsrecht gegen Versuche der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung (Art. 20,4 GG), Schutz von Arbeitskämpfen auch bei Notstandsmaßnahmen (Art. 9,3 GG)

- **Proteste**: große Widerstände (vor allem Proteste der Außerparlamentarischen Opposition), da angeblich Gefahr der Beseitigung der Demokratie

■ Einführung des Mehrheitswahlrechts: nicht durchgeführt

- ursprünglich geplant
- zu Lasten der FDP
- jedoch Abrücken der SPD von diesem Plan (Erhaltung der FDP als zukünftiger Koalitionspartner)

■ Ostpolitik

- allmählicher **Perspektivenwechsel**: Wiedervereinigung als Ergebnis der Entspannung (statt – wie bisher – Entspannung durch Wiedervereinigung)
- gewisse **Kontakte mit der DDR**, jedoch keine faktische Anerkennung (→ Konflikt zwischen CDU/CSU und SPD → keine Fortsetzung der Großen Koalition 1969)
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit **Rumänien** (1967) Begründung: „Geburtsfehlertheorie“ (keine Entscheidungsfreiheit der sowjetischen Satellitenstaaten), damit Fortsetzung der Isolierungsstrategie gegenüber der DDR
- Problem: Misstrauen und Widerstand der Sowjetunion auf Drängen der DDR → **weiterhin Stagnation** der westdeutschen Entspannungspolitik, somit Erfordernis einer gewissen Anerkennung der DDR

faktisches Abrücken von der Hallstein-Doktrin (1968), jedoch noch theoretisches Festhalten an ihr

↓
Veränderte Bedeutung der Hallstein-Doktrin im Entspannungszeitalter:
- Selbstisolierung } Hemmnisse für
- Erpressbarkeit } flexible Ostpolitik

Die 68er Bewegung

Akteure

- **Vorläufer** (zum Teil aus den USA): **Ausdrucksformen eines neuen Lebensgefühls**
 - **Rock- und Beatmusik** (Elvis Presley, Beatles, Rolling Stones): Protest gegen die Routine der Konsumgesellschaft durch provozierende Musik und Lebensweise
 - **Hippie-Bewegung**: Abwertung der Tradition, Ästhetisierung des Hässlichen und Missratenen, Disziplinlosigkeit, Libertinage, Rauschgiftkonsum – antiautoritäre und enthierarchisierte Wertordnung ohne Klassenunterschiede, Leistungsnormen, Unterdrückung
 - „Gammler“: ungepflegte Erscheinung mit langen Haaren als Gegenbild zur Bürgerlichkeit
- **Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)**
 - ursprünglich Studentenorganisation der SPD
 - jedoch ideologische Entfernung, spätestens nach dem Wandel der SPD durch das Godesberger Programm
 - Folge: Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD (1961)
 - Rudi Dutschke und Bernd Rabehl als bedeutendste Führungspersonen → SDS als organisatorischer und inhaltlicher Motor des studentischen Protests
 - Selbstauflösung (1970)
- **Rudi Dutschke** (1940–1979): ideologischer Vordenker des SDS; Marxist, Kommunist
Forderung nach Schaffung chaotischer Zustände, um der Revolution den Boden zu bereiten („zwei, drei Vietnams schaffen“)

Neue Linke = Außerparlamentarische Opposition (APO) [Wegfall einer parlamentarischen Opposition von links während der Großen Koalition]

Kritik

- **Vietnamkrieg** der USA – „US-Imperialismus“
- **politisches System**: angeblich verkrustete, undemokratische und repressive Strukturen
- **Notstandsgesetze** als angeblicher Weg zum autoritären Staat
- **Marktwirtschaft** – Identifizierung von Kapitalismus und Faschismus
- traditionelle **Ordinarienuniversität** („Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“)
- angeblich fehlende Aufarbeitung der **NS-Vergangenheit**
- Vorwürfe gegen Bundeskanzler **Kiesinger** wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit
- **fehlende parlamentarische Opposition** während der Großen Koalition → Studentenrevolte als „Außerparlamentarische Opposition“ (APO)

→

Ziele und Vorbilder

- **Ziele**
 - „revolutionäre Transformation der Gesellschaft zur sozialistischen Demokratie“ – Utopie einer herrschaftsfreien klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Fremdbestimmung
 - Bekämpfung der Autorität
 - Propagierung neuer antiautoritärer Lebensformen mit sexueller Freizügigkeit
 - Hochschulreform
- **Identifikationsfiguren**
 - Ho Tsch Minh: nordvietnamesischer kommunistischer Guerillaführer
 - Mao Tse-tung: brutaler Diktator Chinas
 - Che Guevara: lateinamerikanischer kommunistischer brutaler Revolutionär
- unkritische **Glorifizierung** des chinesischen und vietnamesischen **Kommunismus** sowie kultische **Verehrung Che Guevaras** als Symbolfigur des Guerillakampfes in der Dritten Welt

Theorie [nächste Seite]

Fortsetzung >>>>>

Theorie

Marburger Schule

Wolfgang Abendroth (1906–1985): marxistischer Politikwissenschaftler – Existenz einer angeblich antagonistischen Klassengesellschaft in Deutschland

Frankfurter Schule (Institut für Sozialforschung): Neubelebung und Fortentwicklung des Marxismus als „Kritische Theorie“

- **allgemein:** Untersuchungen zur Herrschaft von Menschen über Menschen – Analyse der angeblichen Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft
 - **Vertreter:**
 - Max **Horkheimer** (1895–1973): Theorie des „autoritären Staates“; Identifizierung von Kapitalismus und Faschismus („*Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen*“ 1939)
 - Theodor **Adorno** (1903–1969): „*nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch*“
 - Jürgen **Habermas** (*1929): zunächst Sympathie, später Vorwurf des „linken Faschismus“
 - besonders Herbert **Marcuse** (1898–1979) als eigentlicher Vordenker der studentischen Rebellion und der Neuen Linken: Entwurf eines Leitbildes einer befreiten Gesellschaft
- wirkmächtige Werke:
- ♦ Der eindimensionale Mensch (1964): kapitalistische Manipulation des Menschen als Ursache der Verhinderung der Bewusstmachung der gesellschaftlichen Probleme (Mensch ist eindimensional, da entfremdet); Randgruppen der Gesellschaft statt Proletariat als „revolutionäre Subjekte“
 - ♦ Repressive Toleranz (1965): Erfordernis der „*Intoleranz gegenüber den herrschenden politischen Praktiken, Gesinnungen und Meinungen*“ zur Verwirklichung einer wahren, ursprünglichen Toleranz



bedeutende Ereignisse

- Gründung der „**Kommune 1**“ (1967) als Modell einer von allen bürgerlichen Konventionen befreiten und vor allem „sexuell revolutionierten“ neuen, antiautoritären Lebensform (Fritz Teufel, Rainer Langhans, Dieter Kunzelmann)
- Tod des Studenten **Benno Ohnesorg** (2. Juni 1967) durch Schüsse des Polizisten Karl-Heinz Kurras (Stasi-Mitarbeiter) während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin → Eskalation und Ausweitung der Proteste
- „**Vietnam-Kongress**“ an der TU Berlin (18. Februar 1968): Aufruf zum „direkten Kampf“
- Brandanschläge auf zwei Frankfurter Kaufhäuser (April 1968)
- **Attentat auf Dutschke** (11. April 1968): schwer verletzt
- **Osterunruhen 1968**: schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei in Berlin und anderen Universitätsstädten
- Zerstörungsaktionen gegen Redaktionen, Druckereien und Auslieferungsbetriebe des Pressekonzerns von Axel **Springer** (Parole: „*Enteignet Springer*“)
- **Abflauen der Protestbewegung** durch
 - Scheitern des Kampfes gegen die Notstandsgesetze
 - militärische Niederschlagung des Prager Frühlings
 - Absicht der USA (Präsident Nixon), sich aus Vietnam zurückzuziehen



Methoden

- **Demonstrationen** mit „Sit-ins“ und „Go-Ins“, dabei Konfrontation mit der Staatsgewalt; neue Techniken der „begrenzten **Regelverletzung**“
- **Gewalt**, verstanden als „legitime Gegen Gewalt“ gegen den angeblich illegal gewordenen Herrschaftsapparat (Flugblatt „*Wann brennen die Kaufhäuser?*“; Parole: „*Brecht dem Schütz die Gräten – alle Macht den Räten*“ [Klaus Schütz: Regierender Bürgermeister von West-Berlin])